

Gemeinden treffen auf Hightech

Innenministerin und Bürgermeister leisten Vorarbeit für neues Kommunalgesetz

Von Nicolas Anen

Düdelingen. Neun Bürgermeister, eine Innenministerin, mehrere Experten und über ein halbes Dutzend Ton- und Videotechniker. All diese Personen waren am Montagabend im Kulturzentrum Opderschmelz in Düdelingen anwesend, um, jeder auf seine Weise, an der Gestaltung des neuen Gemeindegesetzes mitzuwirken. Das aktuelle Gesetz ist immerhin 32 Jahre alt und soll nun reformiert werden, erklärte Innenministerin Taina Bofferding (LSAP).

Die Bürgermeister gingen auf ihre Erfahrungen während der Corona-Krise ein, um Input für das neue Gesetz zu geben. Das Ganze wurde live übertragen und auch die eine oder andere Frage von Webzuschauern wurde behandelt. Zudem wurden auch immer wieder Video-Statements von Bürgermeistern eingeblendet. Kurz, eine Art Praxistest in Sachen neue Kommunikationsmittel.

Die neun anwesenden Bürgermeister gingen unter anderem auf die Kommunikation während der Krise ein. Gelobt wurde die Initiative des Gemeindegendixits Syvicol, eine WhatsApp-Gruppe ins Leben gerufen zu haben, in dem alle Bürgermeister des Landes vertreten waren. „Wir waren total unvorbereitet“, erinnerte sich Präsident Emile Eicher (CSV) daran. „Da lautet oft die erste Frage: Was machen die Nachbarn?“

In diesem Zusammenhang wurde denn auch der Wunsch geäußert, ein ähnliches Kommunikationsinstrument auch nach der Krise beizubehalten. Vorgeschlagen wurde auch, Beamte des Innenministeriums dabei miteinzubinden.

Ein wenig Kritik gab es aber auch. So monierte der Escher Bürgermeister Georges Mischö (CSV), dass die Gemeinden die Informationen während der Krise zeitgleich mit der Bevölkerung durch die Pressekonferenzen von Premierminister Xavier Bettel (DP)



In sicherer Distanz, dafür aber mit Liveübertragung, gaben neun Bürgermeister am Montagabend in Düdelingen Inputs für das neue Gemeindegesetz.

Foto: Lex Kleren

und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) erhielten. Was ihnen nicht die Zeit gegeben habe, sich auf die neuen Vorschriften vorzubereiten. Eine Kritik, die aber gleich von mehreren LSAP-Bürgermeistern relativiert wurde.

Auch das Homeoffice wurde thematisiert. Während größere Gemeinden diesen Weg schnell einschlagen konnten, habe es in kleineren Kommunen, wie etwa Dippach oder Beckerich, etwas länger gedauert, so deren Bürgermeister. Doch waren sich alle einig, dass es gut funktioniert habe.

Gesetzesvorlage für 2021

„Ich hätte es mir einfach machen können und das neue Gemeindegesetz aus dem Ministerium heraus schreiben können“, erklärte Taina Bofferding noch. Sie habe

sich aber resolut für eine partizipative Vorgehensweise entschieden. Vor der Corona-Krise fanden dazu bereits ein halbes Dutzend Events statt, bei denen über 1.400 Vorschläge eingesammelt wurden.

Wie sie am Rande der Veranstaltung erklärte, zielt sie darauf ab, die Gesetzesvorlage für das neue Gemeindegesetz im Laufe von 2021 im Parlament zu deponieren. Zugleich erinnert sie daran, dass sie im Januar eine weitere Gesetzesvorlage vorgelegt hat, welche die Prozeduren vereinfachen soll. Wie zum Beispiel, dass eine Gemeinde erst im Innenministerium anfragen muss, wenn sie ihren Sitzungssaal ändern möchte. Eine Maßnahme, die während der Krise temporär außer Kraft gesetzt wurde.

Auch wurde während der Krise eingeführt, dass Ratsmitglieder per

Video an einer Ratssitzung teilnehmen können. Diese Maßnahme wurde nun bis Ende September verlängert. Bis dorthin können Räte sich auch weiter durch eine Vollmacht von einem Kollegen vertreten lassen. Ob diese Maßnahmen dauerhaft bleiben, darüber will Taina Bofferding mit dem Parlament diskutieren.

Weiter war zu erfahren, dass die Informationssitzung, die im Rahmen der Erneuerung des allgemeinen Bebauungsplans (PAG) einer Gemeinde vorgeschrieben ist, auch via Webseminar stattfinden können. Auch diese Frist gilt vorerst bis Ende September.

Demnach dürfte den Bürgermeistern die am Montag gesammelte Erfahrung in Sachen Videokonferenz sicherlich in Zukunft noch dienlich sein.